



Am 7. April veröffentlichte die FAZ im Feuilleton einen fünfspaltigen Artikel von Wolfgang Kraushaar über »Unsere unterwanderten Jahre – Die barbarische und gar nicht schöne Infiltration der Studentenbewegung durch die Organe der Staatssicherheit«. Ausgangspunkt ist ein Brief von Rudi Dutschke an seine Frau vom 25.2.1975, in dem er die Befürchtung äußert, »daß, wenn es einen ›Abgang‹ von mir gibt, dann ist das in der gegenwärtigen Phase eher durchgeführt durch SU-DDR-Geheimdienst als durch westlichen...« Wolfgang Kraushaar benutzt dies als Aufhänger für den Nachweis, wie »die

SED versuchte, ... die Außerparlamentarische Opposition (Apo) und insbesondere deren Motor, den Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) für ihre Zwecke zu benutzen.« Dabei habe – so Kraushaar – »die Gruppe um den Marburger Politikwissenschaftler Professor Wolfgang Abendroth« eine »besondere Rolle« eingenommen. Als Beleg dient ein fünfseitiges Dokument vom 18.7.1967 über Gespräche mit Abendroth in den Tagen vom 12.-15. Juli 1967 über die Gründung einer sozialistischen Partei in der BRD.

Der an diesem Versuch eines Partei-

gründungsprozesses beteiligte damalige Assistent am Institut für Politikwissenschaften der Universität Marburg, Frank Deppe, hat sich in einem Leserbrief an die FAZ gegen die insinuierte Fernsteuerung der beteiligten Akteure durch den DDR-Geheimdienst bzw. die Westabteilung des ZK der SED gewandt. Dieser Leserbrief wurde von der FAZ nicht veröffentlicht. Wir dokumentieren ihn nachfolgend, da wir der Auffassung sind, daß die Aufarbeitung der Geschichte der politischen Linken nur gelingen kann, wenn die kontroversen Positionen auch zur Sprache kommen.

## Zur Diskussion um Wolfgang Abendroth

Leserbrief an die FAZ

Nachdem Heiner Halberstadt die dubiosen Vorwürfe von Wolfgang Kraushaar gegen die Person und die politische Rolle des Sozialisten Wolfgang Abendroth zurückgewiesen hatte, war zu hoffen, daß nunmehr auch die FAZ die Kampagne gegen ihn nicht fortsetzen würde. Nun aber wird mit der Lüge des Herrn Staadt, daß Abendroth »spätestens seit Herbst 1967 ... innerhalb der westdeutschen Linken auf der Grundlage konkreter Absprachen mit dem SED-Politbüro (agierte)« (FAZ v. 20.5.98) die Verleumdung auf die Spitze getrieben.

Der Historiker Kraushaar bedient sich einer doppelten Manipulation, um die Dramatik seiner »Enthüllungen« zu unterstreichen. Auf der einen Seite verknüpft er die von ihm erwähnten Fälle mit der Angst von Rudi Dutschke, von einem östlichen Geheimdienst ermordet zu werden. Das ist zunächst einmal eine Geschmacklosigkeit gegenüber Dutschke, der – als Folge des Attentats – unter Ängsten und Wahnvorstellungen litt (vgl. U. Chaussy, Die drei Leben des R. Dutschke, Ffm. 1985, S. 271/2). Außerdem manipuliert er den Bericht von Jahnke über ein Gespräch mit Abendroth im Juli 1967. Entweder kennt Kraushaar den genauen historischen Kontext nicht, oder er verschweigt ihn bewußt. Daher muß der Eindruck entstehen, als ob – über Jahnke – von der SED an Abendroth der Auftrag zur Gründung einer sozialistischen Partei herangetragen worden sei. Das ist völliger Unsinn!

Es gab seit dem Herbst 1966 – nach der Gründung der Großen Koalition in Bonn – eine Initiative zur Gründung einer

Wolfgang Abendroth beim Notstands-Hearing am 16.11.1967 im Bonner Bundesthaus (Photo: dpa)

sozialistischen Partei, an der zunächst einmal Personen aus der damaligen Führung des SDS, vom »Ostermarsch« sowie vom »Sozialistischen Bund« beteiligt waren (dazu gehörte auch Abendroth). Vorbild für eine solche Partei waren die PSIUP von Lelio Basso in Italien, der PSU um Michel Rocard in Frankreich sowie die Sozialistische Volkspartei von Axel Larsen in Dänemark – allesamt linkssozialistische Parteien, in denen sich Kritiker sowohl des Stalinismus als auch des Anpassungskurses der sozialdemokratischen bzw. sozialistischen Parteien ihrer Länder – überwiegend Intellektuelle und linke Gewerkschafter – sammelten. Die Partei-gründungsinitiative – mit der Gründung einiger lokaler Organisationen wie der ASO in Marburg und eines »Sozialistischen Zentrums« in Frankfurt – zerstritt sich im Laufe des Jahres 1967 und löste sich 1968 auf. (In der gerade erschienenen Festschrift zum 70. Geburtstag von Jürgen Seifert – M. Buckmiller und J. Perels, Hrsg., Opposition als Triebkraft der Demokratie, Hannover 1998 – habe ich in einem Beitrag zur Geschichte des SDS in den Jahren 1964 bis 1967 diese Initiative kurz behandelt; vgl. dort auch andere wichtige Beiträge zur Geschichte der Linken in der frühen Bundesrepublik).

Diese Initiative, der auch ich (als der für die Programmdebatte Verantwortliche) angehörte, wurde – zur Zeit des KPD-Verbots – von der SED mit Mißtrauen beobachtet, handelte es sich doch überwiegend um eine Sammlung von autonomen Sozialisten, die dem »Realsozialismus« kritisch gegenüberstanden. Und genau dies »enthüllt« die von Kraushaar

zitierte Quelle; denn Abendroth lehnte ja gerade den Versuch einer Einmischung von Seiten der SED ab. Bei Kraushaar hingegen wird – durch das Verschweigen des »real existierenden« Parteiprojektes im Westen – der Eindruck erweckt, als ob Abendroth ein Auftrag aus dem Osten zur Gründung einer solchen Partei übermittelt worden sei – eine überaus groteske Verdrehung des wirklichen Sachverhalts, die natürlich vortrefflich mit der politischen Intention dieser »Enthüllung« und dem Agentenwahn von Kraushaar korrespondiert. Wer Ost-West-Kontakte im Kalten Krieg – zumal der westdeutschen Linken – nur unter dem Gesichtspunkt der Subversion bzw. von Agentenkontakten zu sehen vermag, der zeigt, daß er von der politischen Geschichte dieser Jahre überhaupt nichts begriffen hat. Die Aufarbeitung dieser Geschichte – mit all ihren Fehlern, Illusionen und dann natürlich auch mit der notwendigen Kritik – ist auch heute eine zentrale Aufgabe der schwach gewordenen Linken und ihrer verschiedenen Strömungen. Damit jedoch haben die denunziatorischen Enthüllungen von Kraushaar u.a., die nicht nur im Blick auf Marburg, sondern auch auf andere Personen, ganz offensichtlich »alte Rechnungen« begleichen sollen, überhaupt nichts mehr zu tun.

Bei Staadt wird nun aus Kraushaars falscher Interpretation einer Quelle eine faustdicke Lüge. Darin enthüllt sich nicht allein die politische Intention dieser Kampagne, sondern auch die Tatsache, daß die Urheber solcher Lügen längst das Staatssicherheits-Denken verinnerlicht haben.

Ich höre schon den empörten Gegen-

ruf: »Im Umkreis der Antiautoritären hatte die Stasi keine Agenten« (Jochen Staadt, FR v. 30.3.1995). Das mag ja stimmen! Aber während wir mit Wolfgang Abendroth 1966/67 das Projekt einer linkssozialistischen Partei verfolgten, haben die Häupter der Antiautoritären über die Einrichtung revolutionärer Suppenküchen im durch den Volkskrieg befreiten Westberlin diskutiert (im »Streit der Linien« durfte übrigens gelegentlich gelacht werden!); da wurde über den »Sieg im Volkskrieg« schwadroniert; die – ehemals antiautoritären – Gründer der maoistischen KPn haben nicht nur Mao, sondern auch Pol Pot verherrlicht. Wolfgang Abendroth wurde von Leuten wie Kraushaar als Reformist beschimpft, weil er die Verteidigung des Grundgesetzes als eine überaus wichtige Aufgabe der Linken ansah. Und zuletzt: Für die historisch angemessene Erforschung dieser Zeit wäre vielleicht auch einmal die Frage zu klären, wo und wie sich denn die »Agenten der anderen Seite« betätigten.

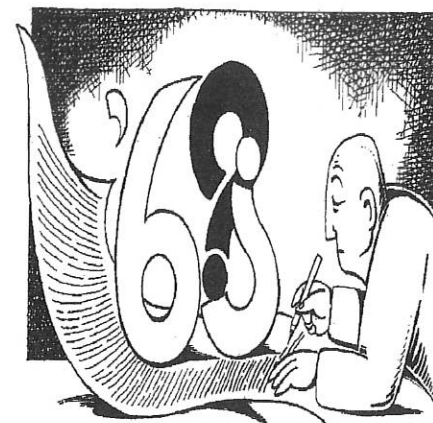
Heute kokettieren nicht wenige, die längst Teil des politisch konservativen Establishments geworden sind, mit ihrer antiautoritär-revolutionären Jugendphase. Wolfgang Abendroth hat uns schon damals – aufgrund seiner Erfahrungen in der frühen Weimarer Republik – vor »linksradikalen Kleinbürgern« gewarnt, die nach der Enttäuschung ihrer revolutionären Utopien zu erbitterten Feinden des Sozialismus wurden, und sich nicht selten als Kronzeugen bei Hexenjagden gegen die Linke zur Verfügung stellten. Wie recht er doch hatte!

Frank Deppe, Marburg, den 28.5.1998



»Macht die Linke stark!« – Unter diesem Motto kamen am 3.2.1968 rund 1.200 Delegierte der verschiedenen Gruppierungen der Linken in der Offenbacher Stadthalle zusammen, um über sozialistische Alternativen zur Politik der Bonner Koalitionsregierung zu diskutieren. Das einleitende Grundsatzreferat über »Die gesellschaftlichen Bedingungen für ein sozialistisches Aktionsprogramm und die Aufgaben eines Sozialistischen Zentrums« hielt Wolfgang Abendroth. (Foto: dpa)

## Die »Methode Gauck«



**Sozialismus:** Die Aufarbeitung der Geschichte der politischen Linken scheint nach 1989/90 eine fatale Wendung erfahren zu haben. In einigen neueren Arbeiten geht es weniger um Politik, Strategie und Ziele der sozialistischen Opposition in der Bundesrepublik und – fataler noch – nicht einmal mehr um die Aufarbeitung des zeitgeschichtlichen Kontextes. Die Auseinandersetzung gewinnt in zunehmendem Maße eine verschwörungstheoretische Dimension, politisches Engagement gerinnt entweder zu geheimdienstlicher Tätigkeit oder zur Abwehr derselben.

Das Dokument, auf das sich Wolfgang Kraushaar stützt, um seine Anschuldigung einer Zusammenarbeit von Wolfgang Abendroth mit DDR-Geheimdienststellen zu verifizieren, liegt Dir mittlerweile vor. Welchen Charakter hat diese Quelle?

**Frank Deppe:** Es handelt sich um eine »Information« der »Westabteilung« der SED »über Gespräche mit Professor Abendroth in Marburg«. Gesprächspartner war Dr. Jahncke. In dieser Information heißt es am Anfang, dieser habe ein langes Gespräch »im Auftrage der Westabteilung des ZK« (dieser Zusatz ist in Klammern gesetzt, die nachträglich handschriftlich angefügt wurden!) geführt. Aus dem Dokument geht noch nicht einmal hervor, daß es von Jahncke verfaßt wurde und natürlich gibt es überhaupt keine Bestätigung von Seiten Abendroths über das Gespräch und seine Inhalte. In dem Dokument wird nicht einmal behauptet, daß Abendroth von diesem Auftrag unterrichtet war – ebensowenig wie die Mitarbeiter des Instituts und andere Personen, die als Gesprächspartner genannt werden.

Wenn ich mich recht erinnere, war Jahncke als Wissenschaftler – genauer: als Historiker der Arbeiterjugendbewe-

gung und des antifaschistischen Widerstandes – mehrfach Gast des Marburger Instituts. Mitarbeiter und Abendroth führten Gespräche mit ihm – über verschiedene Themen. Niemals wurde bei solchen Gesprächen jedoch irgendein »Auftrag« oder ein quasi-offizieller Status erwähnt. Da zu dieser Zeit das Projekt einer Partei-gründung im Vordergrund stand, spielte dieses in den Gesprächen natürlich eine zentrale Rolle. Abendroths Erläuterungen zum Parteiprojekt entsprechen vollständig den Ausführungen, die er in einem öffentlichen Vortrag bei einer Konferenz der Initiatoren in Frankfurt gemacht hatte.

Auch die Ausführung zur Erarbeitung eines Aktionsprogramms enthalten nichts Geheimnisvolles, wohl aber einen Fehler. Für den Programmausschuß der Sozialistischen Opposition waren verantwortlich: Wolfgang Abendroth, Gerhard Gleissberg, Theodor Bergmann und ich. Der in der »Information« genannte Albert Forch gehörte nicht dazu. Für die Quellenforscher sei auf die gedruckten »Informationen der sozialistischen Opposition« (Frankfurt/Main, Lersnerstr. 13) hingewiesen. Der »Extra 2/67« enthielt »Materialien zur Programmdiskussion«.

Diese zunächst einmal eher nebensächlichen Details zeigen, daß es sich um Informationen handelte, die im Gespräch mit jedem Teilnehmer dieser Partei-gründungsinitiative, durch die gedruckten Informationen der Initiative selbst sowie durch Presseberichte leicht zugänglich waren.

Nun heißt es in dem Dokument: »Die Neugründung einer sozialistischen Partei erfordert nach Meinung Abendroths eine Abstimmung mit den leitenden Genossen der KPD und der SED.« Im weiteren wird dann die Auffassung Abendroths wiedergegeben, daß es in der KPD zwei Linien gebe, eine um Jupp Schleifstein, die dem Projekt einer sozialistischen Partei eher aufgeschlossen sei, eine andere um Max Reimann, die dem Projekt »weniger positiv« gegenüberstehe. Kann hieraus eine »Absprache« abgeleitet werden? Diese Passagen sind zumindest interpretationsbedürftig.

**Deppe:** Hier verfälscht das Dokument Abendroths Position. Diese Passagen werden überhaupt nur verständlich, wenn zunächst einmal zwei Tatsachen festgehalten werden. Erstens: Das Vorbild für die Gründung einer linkssozialistischen Partei für Abendroth und andere waren die italienische PSIUP von Lelio Basso und entsprechende kleine Parteien in anderen Ländern. Der Hinweis im Dokument, daß sich Abendroth gerade bei einem Treffen

dieser Kräfte in Rom befände, unterstreicht nur diesen grundlegenden politischen Sachverhalt. Zweitens: Die bestimmenden Kräfte in der KPD und SED waren gegen diese Partei-gründung. Dafür gab es verschiedene Gründe. Zunächst einmal betrachteten viele Kommunisten in Führungspositionen des Apparates die Anhänger der sogenannten »Zwischengruppen« – historisch in der Tradition der KPO und der SAP – als ihre entschiedenen Gegner. Die Verfolgung von ehemaligen KPOlern in der SBZ nach 1945 ist vielfach belegt – und die Umstände der Flucht von Abendroth und seiner Familie sind vor Jahren in dieser Zeitschrift von Lisa Abendroth dargelegt worden. Dazu kam, daß die KPD-Führung in ihrer Mehrheit in der Illegalität die Konkurrenz einer Organisation fürchtete, die – im Zusammenhang des Aufschwungs der außerparlamentarischen Protestbewegungen in dieser Zeit – zu einer relevanten Kraft der sozialistischen Linken werden und damit auch Einfluß auf ihre Genossinnen und Genossen ausüben könnte. Es ist hinreichend bekannt, daß Initiativen zur Gründung einer sozialistischen Partei vor dem Abendrothschen Projekt – ich denke dabei an die Gründung der Vereinigung Unabhängiger Sozialisten, VUS, und die Rolle von Viktor Agartz –, aufgrund solcher Überlegungen gebremst wurden.

Richtig ist, daß es in der Führung der KPD Kontroversen darüber gab, ob die Partei für ihre Wiederzulassung durch die Aufhebung des KPD-Verbotes kämpfen oder ob sie auch organisatorisch mit anderen sozialistischen Kräften zusammenarbeitet. Offenbar gab es – vor allem nach dem XX. Parteitag der KPdSU – Personen, die sich über eine solche Zusammenarbeit auch eine Überwindung der stalinistischen Traditionen der Partei erhofften. Abendroth wußte von solchen Kontroversen und der Verfasser des Dokumentes gibt sie – wenn auch nicht hinreichend klar – wieder. Abendroth wollte ganz offensichtlich diese zweite Tendenz stärken. Wie sich im Scheitern der Partei-gründungsinitiative bis zum Frühjahr 1968, vor allem aber dann mit der völlig überraschenden Gründung der DKP im August 1968 zeigte, setzten sich diejenigen Positionen durch, die gegen das Projekt der Gründung einer linkssozialistischen Partei im Jahre 1967/68 eingestellt waren.

Es ging also dezidiert nicht um die Neugründung der KPD, sondern um die Gründung einer autonomen linkssozialistischen Partei.

Mit Frank Deppe sprach Richard Detje

**Deppe:** Aus dem Dokument geht eindeutig hervor: Abendroth besteht auf der Eigenständigkeit des Parteiprojektes. Das ist der unbedingte Ausgangspunkt seiner Bündnisüberlegungen. Damit vertritt er eine Position, von der er weiß, daß sie von der Westabteilung der SED mit Mißtrauen verfolgt wurde. Er hat sich für die Zusammenarbeit mit den Kommunisten eingesetzt, wußte aber, daß diese Position auf deren Seite nur von einer Minderheit geteilt wurde. Er hat sich für Gespräche mit führenden Genossen der SED ausgesprochen, um eben diesen Standpunkt zu vertreten. Damit verband er die strategische Überlegung, Teile der Kommunisten für ein politisches Projekt zu gewinnen, das sich zunächst einmal durch politische – übrigens auch finanzielle – Autonomie auszeichnete. In der damaligen politischen Situation nannte man diese Politik: Unterstützung »reformkommunistischer« Positionen durch autonome linkssozialistische Kräfte.

*Ich komme auf meine Ausgangsüberlegung zurück: das Fehlen der historischen Analyse und Einordnung. Ich habe lange mit dem Prager Reformkommunisten Zdenek Mlynar diskutiert, daß Mitte der 60er Jahre die vielleicht letzte Chance bestanden hatte, das System des Realsozialismus und die diesem entsprechenden Parteien von innen heraus zu erneuern. Der Einmarsch in Prag im August 1968 dokumentierte das Scheitern dieser Strategie. In diesem Kontext lesen sich die Passagen über die Zusammenarbeit von Linkssozialisten und Kommunisten vollkommen anders als vor der Folie geheimdienstlicher Konspiration.*

**Deppe:** In der Tat: Um Abendroths Position zu verstehen, muß man die Entwicklungen in der damaligen Periode – insbesondere in der internationalen kommunistischen Bewegung – rekonstruieren: vor allem die Entwicklung in der CSSR, die von einer »reformkommunistischen« Bewegung ausging. Auch ich neige in der historischen Bewertung dazu, daß damals wahrscheinlich bereits die Weichen für das Scheitern der Gorbatschowschen Politik in den 80er Jahren gestellt wurden. Auch in Jugoslawien hatten sich zu dieser Zeit – nicht nur vertreten durch die »Praxis-Gruppe« – Positionen entwickelt, die im Westen aufgegriffen wurden.

Hinzu kam, daß in den westeuropäischen kommunistischen Parteien – vor allem in der italienischen KP – bedeutende Veränderungen stattfanden, die das Verhältnis dieser Parteien zum »realen Sozialismus«, ihre Beziehung zur Demokratie, ihre Bündnispolitik sowie insgesamt ihre

Transformationskonzepte in hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaften des Westens betrafen. Schließlich hatte sich bereits mit dem chinesisch-sowjetischen Konflikt seit den frühen 60er Jahren eine vollständig neue Konstellation der kommunistischen Weltbewegung entwickelt und in der »Dritten Welt« – vor allem in Lateinamerika und zu dieser Zeit in Kuba – wurden Revolutionskonzeptionen bzw. Strategien des antiimperialistischen Kampfes vertreten, die sich deutlich von der Linie der kommunistischen Staatsparteien – vor allem der KPdSU – unterschieden.

Und schließlich war die beginnende Revolte der Intellektuellen, der Studenten und der Jugendlichen in den westlichen Metropolen des Kapitalismus, die stark auf die Macht der antiimperialistischen Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt bezogen war, eine ganz neue Entwicklung, die zunächst von den »alten« kommunistischen Parteien – vor allem den Staatsparteien – falsch eingeschätzt wurde. Gerade der von Perry Anderson so genannte »westliche Marxismus« – neben Abendroth und Basso wären hier zu nennen: Jean-Paul Sartre und Simone de Beauvoir, Henri Lefebvre, Louis Althusser, André Gorz, Herbert Marcuse, die New Left Review Gruppe um Perry Anderson, Robin Blackburn und Stuart Hall in England, die neue Gramsci-Rezeption in Italien usw. – nahm diese Bewegungen positiv auf und begriff sie zugleich als Herausforderungen im Hinblick nicht nur auf die Analyse der entwickelten kapitalistischen Gesellschaften, sondern auch der Konzeptionen sozialistischer Politik.

*Ein Parteigründungsprozeß lag also gleichsam in der Luft – jedenfalls in dieser politisch-theoretischen Tradition – vor allem in Westdeutschland nach dem Eintritt der Sozialdemokratie in die Regierung der Großen Koalition.*

**Deppe:** Ja, das Parteigründungsprojekt entstand in diesen politischen Umbruchprozessen und reformkommunistischen Erneuerungsversuchen, auch wenn schließlich doch aufgrund des Ausscheidens jener, die sich mehr auf die antiautoritäre Bewegung orientierten, eine eher traditionalistische Ausrichtung obsiegte, die allerdings auch das ganze Projekt zum Scheitern verurteilte. Es ist wichtig, an die politischen Kontexte der Jahre 1966 bis 1968 zu erinnern, um auch zu verstehen, warum die Führung der illegalen KPD und offenbar die Westabteilung der SED gegen dieses Projekt agierten. Sie wollten eben – wenn die Quelle überhaupt verlässlich ist – bei Abendroth erkunden,

wie ernst dieses Projekt gemeint ist. Und da haben sie eine ziemlich klare Antwort bekommen.

*Das Projekt scheiterte also zunächst am Auseinanderdriften der traditionell linkssozialistisch-reformkommunistischen Kräfte einerseits und der antiautoritären Strömungen andererseits. Hinzu kam die Obstruktionspolitik der Mehrheit der illegalen KPD und vermutlich der SED – eine ganz andere Konstellation, als sie durch eine geheimdienstliche Interpretation nahegelegt wird.*

*Kommen wir zu Abendroth selbst. Ist er nicht die herausgehobene Personifizierung jener »Zwischengruppen«, die sich immer doppelten Angriffen ausgesetzt sahen: einerseits dem Vorwurf des »Verrats« der kommunistischen Kräfte, weil man für eine konsequent antistalinistische Politik stand, andererseits dem Vorwurf zu großer Nähe zur kommunistischen Bewegung, weil man für die Aufhebung der Spaltung der Arbeiterbewegung kämpfte?*

**Deppe:** In den von B. Dietrich und J. Perels herausgegebenen Gesprächen über sein »Leben in der Arbeiterbewegung« (Frankfurt: Suhrkamp 1976), aber auch in dem von der Zeitschrift »Sozialismus« aus Anlaß seines Todes im November 1985 herausgegebenen Sonderheft ist dies alles ausführlich nachzulesen. Wolfgang Abendroth war seit den frühen 20er Jahren Mitglied der KPD gewesen. 1928/29 schließt er sich der »rechten Opposition« (KPO) um Brandler und Thalheimer an. Beide hat er bis zu seinem Tode als seine Vorbilder und Lehrer bezeichnet. Er gehörte der Gruppe »Neu Beginnen« an, arbeitete im Widerstand, im Zuchthaus und im Strafbatallion 999 mit Kommunisten zusammen. In der Tat: als ein typischer Vertreter dieser »Zwischengruppen« war Wolfgang Abendroth wie viele andere, z.B. Willi Bleicher, davon überzeugt, daß die Spaltung und Konfrontation zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten nach dem Weltkrieg und der Oktoberrevolution eine wesentliche Ursache für das Scheitern der Revolution im Westen wie im Osten, aber auch des Sieges der Reaktion (vor allem in Gestalt des Faschismus), gewesen war. Er lebte und kämpfte in der real existierenden Arbeiterbewegung seiner Zeit – also auch unter ganz unterschiedlichen Bedingungen vor und nach 1945 – für die Überwindung dieser Spaltung. Selbstverständlich wußte Abendroth, daß diese Idee nur dann zu verwirklichen war, wenn auch in den »realsozialistischen Systemen« – und eben vor allem in der Sowjetunion – Reformen realisiert werden, die insbesonde-

re auf den Abbau der Bürokratie und die Entwicklung der wirklichen Selbstverwaltung, auf die Herstellung von Rechtsstaatlichkeit und sozialistischer Demokratie gerichtet sind. Deshalb hat er alle Entwicklungen – vom XX. Parteitag der KPdSU bis zum Prager »Frühling« und den nachfolgenden Entwicklungen – stets in dieser Perspektive betrachtet. Auch diese Position teilte er mit den meisten oben genannten Vertretern des »westlichen Marxismus« – z.B. mit dem Trotzlisten Ernest Mandel, den er schon in den frühen 60er Jahren als Referenten für den Marburger SDS empfohlen hat.

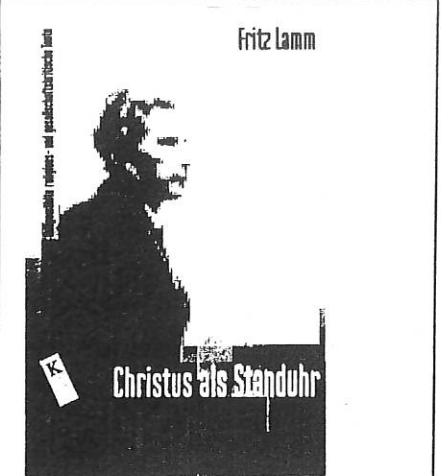
Seine große Idee war die »Utopie« der Wiedervereinigung der gespaltenen Fraktionen der internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung. Ich bin heute mehr als früher davon überzeugt, daß diese Position am prägnantesten im Jahre 1936 von dem Austromarxisten Otto Bauer in seiner Schrift »Zwischen zwei Weltkriegen« unter dem Titel des »integralen Sozialismus« dargelegt worden ist. Die Schrift endet mit den folgenden Sätzen: »Was dem Dogmatiker als eine Halbheit, ein verfluchtes Einerseits-andererseits, ein innerer Widerspruch unseres Denkens erscheint, ist nichts anderes als die dialektische Methode, die freilich so mancher nicht erträgt, der besonders gern vom dialektischen Materialismus spricht. In der Entwicklungsphase von heute den Kern zu entdecken, der, indem er seine Hüllen sprengt, die Entwicklungsphase von morgen sein wird, in den Gegensätzen von heute die Synthese von morgen aufzufinden, den zwieschlächtigen Charakter der sozialen Phänomene zu begreifen, die die Vergangenheit zunächst in antagonistischer Form überwinden, um, indem sie diese antagonistische Form sprengen, über die Gegenwart hinauszustürmen: das ist der Wesenskern der dialektischen Methode in ihrer Anwendung auf die Gesellschaft. Es ist keine Halbheit, kein zaghaftes Einerseits-andererseits, kein innerer Widerspruch, sondern die Anwendung der dialektischen Methode, wenn wir den zwiespältigen Charakter der Entwicklungsphasen der bürgerlichen Demokratie, des reformistischen Sozialismus, der Diktatur des Proletariats erkennen und gerade durch diese Erkenntnis die polaren Gegensätze des reformistischen und des bolschewistischen Sozialismus in der Synthese des integralen Sozialismus aufheben« (Otto Bauer, Werke, Band 4, Wien 1976, S. 324).

*Für Historiker, die sich mit dem Verhalten von Genossen dieser Generationen beschäftigen, wäre zumindest zu fordern,*

*daß sie nicht nur den Intentionen der handelnden Akteure, sondern auch den spezifischen Zeitumständen gerecht zu werden versuchen. Was vermutest Du, steht hinter der Weglassung sowohl des zeithistorischen wie des theoriegeschichtlichen Kontextes?*

**Deppe:** Bei Kraushaar und Staadt scheint aus meiner Sicht das Interesse im Vordergrund zu stehen, mit der »Enthüllung« der subversiven Dimensionen linker Politik bzw. der »Stasi-Connections« eben diese linken Traditionen zu diskreditieren, oder »abzuwickeln«. Alle linken Traditionen, die nicht bei Joschka Fischer und Daniel Cohn-Bendit in der Gegenwart enden, also beim zivilgesellschaftlichen Anti-Sozialismus und Machtopportunismus in einer – immer barbarischer werdenden – kapitalistischen Gesellschaft, werden als totalitär diffamiert und damit tendenziell als »von einer fremden Macht« gesteuert dargestellt.

Ich habe mich auch immer wieder gefragt, was Leute wie Kraushaar, Staadt u.a. antreibt, über die FAZ eine Wiederbelebung des McCarthyismus in seinem primitivsten Formen zu betreiben. Ich denke, daß der Schlüssel bei der Behörde Gauck und ihrem Leiter zu finden ist. Herr Gauck will seine Behörde offenbar als oberste Staatsschutzbehörde in das kommende Jahrhundert retten und betreibt deshalb mit großem Engagement – nach der Abwicklung im Osten – die Ausweitung auf eine Abwicklungskampagne im Westen. Gerade im Vorfeld eines Bundestagswahlkampfes fällt es zwangsläufig auf, daß die Pastoren Hinze und Gauck – »kampagnemäßig« hätte es im alten Jargon heißen – am gleichen Strang ziehen. Daß dabei den ehemaligen Bürgerrechtlern, die inzwischen – zusammen mit Manfred Wilke – zur CDU übergewechselt sind, eine besondere propagandistische Funktion zukommt, liegt auf der Hand. Nunmehr bieten sich auch Historiker aus dem Westen an, die mit ihrer totalitarismustheoretischen Wende schon vor einiger Zeit Vorentscheidungen für die Schwerpunktverlagerung des ideologischen Kampfes gegen die Linke getroffen haben und zugleich ein neues Terrain für publizistische und wissenschaftliche Karrieren vorfinden. Die »Kampfgruppe Gauck« bekommt natürlich in der Zeit des Niedergangs der Kohl-Ära, der Ermüchtung über die Politik der Einheit, und des zunehmenden Widerstandes gegen die Politik des Neoliberalismus eine Schlüssel-funktion als zentraler ideologischer Apparat des herrschenden konservativen Blocks. Auch nach dem Ende des Kalten Krieges darf dieser nicht aufhören! ■



## Fritz Lamm Christus als Standuhr

Ausgewählte religions- und gesellschaftskritische Texte  
Hrsg. von Marvin Chlada  
Bd. 5 der Reihe *Klassiker der Religionskritik*  
ca. 160 S., kartoniert, DM 25.-  
ISBN 3-932710-55-X

Fritz Lamm (1911-1977) war als undogmatischer Linker zeitlebens in den verschiedensten sozialistischen Organisationen aktiv. Wegen illegaler politischer Tätigkeit wurde er bereits 1933 zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt, 1936 ging er ins Exil. Nach seiner Rückkehr nach Deutschland im Jahr 1948 engagierte er sich bei Freidenkern, Naturfreunden und in der Gewerkschaft. In der von ihm herausgegebenen Zeitschrift *Funken* schrieb er gegen die restaurativen Tendenzen der Adenauer-Republik an. Die Aufsatzsammlung beschränkt sich nicht auf religionskritische Texte, sondern läßt darüberhinaus Fritz Lamms kulturpolitische Vorstellungen und Gesellschaftstheorie erkennbar werden.

*Es gibt nur wenige aus seiner Generation, die sich mit gleicher Selbstaufopferung, ohne jeden Willen zu öffentlicher 'Geltung' oder Karriere und unkorruptierbar mit aller Kraft ... für den Sozialismus eingesetzt haben.*

Wolfgang Abendroth

In der gleichen Reihe sind Texte von Denis Diderot, Johann Most, Albert Dulk und Jakob Stern erschienen.

Katalog anfordern bei:

**Alibri Verlag**

Postfach 167, 63703 Aschaffenburg  
Fon/Fax 06021 - 1 57 44